

Bezugspreis:

Vom 4.-10. November 42 Milliarden... Ausgabe A Nr. 257

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonntabend, den 3. November 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise: Die einpaltige Anzeigenzeile 0,70 Goldmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Das Ende der Großen Koalition.

Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, ihre Vertreter aus dem Reichskabinett zurückzuziehen.

Diesem Fraktionsbeschluss ging am Vormittag eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien voraus.

In der dann folgenden Besprechung des Reichstanzlers mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erklärte Dr. Stresemann, daß die bürgerlichen Mitglieder seiner Regierung aus grundsätzlichen und tatsächlichen Erwägungen heraus sich nicht auf den Boden der sozialdemokratischen Forderungen stellen könnten.

Um 3 1/2 Uhr nachmittags trat die sozialdemokratische Fraktion zur Kenntnisnahme der von ihren Fraktionsführern gepflogenen Verhandlungen zusammen.

Die Sozialdemokratie zieht ihre Minister aus der Reichsregierung zurück.

Die Reichsminister Schmidt, Radbruch und Solmann begaben sich nach Beendigung der Fraktions Sitzung sofort zum Reichstanzler und überreichten ihm folgendes Rücktrittschreiben:

Politische Ereignisse der letzten Zeit haben zu schweren Meinungsveränderungen im Kabinett geführt. Die Unterzeichneten hatten deshalb bereits am 29. Oktober ihre Absicht ausgesprochen, aus der Reichsregierung auszutreten.

Der Reichstanzler nahm von dem Rücktrittsgesuch Kenntnis und dankte den sozialdemokratischen Ministern für ihre Mitarbeit. Damit war der Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung vollzogen.

Der Weg der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war durch die Ereignisse der letzten Zeit klar vorgezeichnet. Dem jahrelangen Drängen der bürgerlichen Mittelparteien folgend, hatte sie sich für die Bildung einer Koalitionsregierung zur Verfügung gestellt, deren Aufgabe es sein sollte, die Katastrophe der Cuno-Regierung zu überwinden.

Die Reichstagsfraktion brachte trotzdem die ungeheure Selbstüberwindung auf, den fast schon hoffnungslos gewordenen Versuch fortzusetzen.

Die durch den militärischen Belagerungszustand gehemmten, in die Minorität gedrängten sozialdemokratischen Minister waren nahe daran, die Brocken hinzuwerfen. Aber noch immer wollten sie die Verantwortung für einen so schicksalsschweren Schritt nicht auf sich allein nehmen.

Damit war der Weg klar. Klarer konnte er überhaupt nicht sein. Wir wissen, viele Parteigenossen haben die Langmut der Fraktion nicht begriffen.

Das Ausscheiden der „Marxisten“ aus der Reichsregierung ist ein Sieg Jahrs über das Reich. Dieser Sieg ist Herrn v. Kahr durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht leichter gemacht, er ist aber trotzdem herbeigeführt worden.

Nun will Herr Stresemann sein drittes Kabinett bilden, ein Kabinett ohne Sozialdemokraten. Es heißt, daß er die Verbreiterung der Koalition nach rechts hin ablehnt, auf der anderen Seite hat er aber auch auf die Unterstützung der Sozialdemokratie nicht mehr zu rechnen.

Damit sind auch die Hoffnungen, die man an dieses Kabinett in außenpolitischer Hinsicht knüpfte, wenn nicht vollständig zerklüftet, so doch aufs schwerste gefährdet. Diese Hoffnungen waren es vor allem, die die Sozialdemokratie veranlaßten, das Experiment dieser Koalition zu wagen.

Innerhalb des Reiches ist mit einem starken Anwachsen der Reaktion zu rechnen. Indem Herr Stresemann die „Marxisten“ gehen ließ, hat er den Weg der Kapitulation vor Bayern beschritten, auf dem es kein Halten mehr gibt.

Wie bei dieser Belastung der äußeren und inneren Lage eine Währungs- und Wirtschaftspolitik getrieben werden könnte, die uns auch nur einigermaßen aus dem Elend heraushilft, ist nicht abzusehen.

Befindet sie sich aber auch in einer geradezu barmherzigen Lage, so verdient sie doch kein Mitleid, weil sie dieses Schicksal über sich selbst heraufbeschworen hat.

sind nur die armen, veresendeten Volksmassen, die den Schaden dieser heillos verstorbenen Zustände zu tragen haben.

Diese Volksmassen werden begreifen, warum die Sozialdemokratische Partei so handeln mußte, wie sie gehandelt hat. Wer will sie tadeln, wenn sie in dieser furchtbaren Situation alle Möglichkeiten zu erschöpfen versuchte, um Hilfe und Rettung zu bringen?

Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse brauchen mehr denn je eine starke Sozialdemokratische Partei. Vieles mag in der nächsten Zeit untergehen. Hier bleibt die Grundlage für ein neues Reich!

Die amtliche Meldung.

Wolffs Telegraphen-Bureau meldet: In der heutigen Besprechung mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei und den Führern der bürgerlichen Koalitionsparteien führte der Reichstanzler auf Grund der vorangegangenen Aussprache mit den nichtsozialdemokratischen Ministern folgendes aus: Durch die Tatsache, daß es die Sozialdemokratische Partei für richtig befunden habe, ihre Forderungen durch die Presse bekanntzugeben, sei die Situation außerordentlich erschwert worden.

Nach der Fraktionsitzung der Sozialdemokratischen Partei wurde der Reichstanzler vom Beschluss der Fraktion in Kenntnis gesetzt, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts, Reichsinnenminister Solmann, Reichsjustizminister Dr. Radbruch und Reichsminister für Wiederaufbau Robert Schmidt, aus dem Reichskabinett ausscheiden.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß nach den un erhörten Ereignissen der letzten Zeit auch in weiten bürgerlichen Kreisen das sozialdemokratische Verlangen nach öffentlicher Klarstellung der Politik Sachsen und Bayern gegenüber als durchaus verständlich und berechtigt anzuerkannt wurde.

Was wird in Preußen?

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Die preussische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Freitag abend zu dem Austritt zu der Sozialdemokratie aus der Koalition des Reiches Stellung. Die mehrstündige Sitzung galt vor allen Dingen der Frage, ob durch den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine Änderung des Regierungsverhältnisses in Preußen angebracht sei. Es ist kaum anzunehmen, daß die preussische Landtagsfraktion der Volkspartei ohne weiteres aus dem Rücktritt der sozialdemokratischen Minister im Reich Konsequenzen für Preußen ziehen wird. — Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

Eine Korrespondenz schreibt dazu:

In den letzten Tagen ist vielfach die Ansicht ausgesprochen worden, daß das Ende der großen Koalition im Reich auch in Preußen dem Kabinett der großen Koalition ein Ende machen werde. Aus Kreisen, die der preussischen Regierung sehr nahe stehen, hören wir, daß diese Meinung dort nicht geteilt wird. Die Führer der preussischen Landtagsfraktionen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten seien jedenfalls der Meinung, daß eine solche Forderung nicht aus der Aenderung der Regierungsverhältnisse im Reich zu ziehen sei. Wenn wirklich der Flügel der Deutschen Volkspartei, der den Fortbestand der großen Koalition in Preußen für unmöglich hält, sich durchsetzen sollte, so wäre immerhin als Lösung die kleine Koalition aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten möglich, die schon früher die preussische Regierung gebildet hat.

Ver spätete Mahnung.

In den sich überstürzenden Ereignissen ist sehr vieles, was gesiern noch wichtig war, unbedeutend geworden. Und trotzdem behält gegenüber dem, was sich entwickeln wird, die Feststellung mancher Tatsachen ihren bleibenden Wert. Unser Hinweis auf die Kräfte, die hinter den Kulissen tätig sind, wird auch in anderen Blättern bestätigt. Die „Germania“ betont ausdrücklich: „Die Art der verjüngten Erledigung der Krise, das parlamentarische Drum und Dran zeigen, daß Kräfte am Werke sind, die den Ausgleich gar nicht wollen, sondern die ein Interesse daran haben, durch immer neue Krisen die Unmöglichkeit des Parlamentarismus und die Arbeitsunfähigkeit der großen Koalition nachzuweisen.“ Sie wiederholt deshalb — und der Hinweis ist so deutlich, daß jeder ihn verstehen kann — ihre früher gestellte Frage!

Wie kommt es, daß immer dann, wenn der Dollar ausnahmsweise einmal stehen bleibt und seinen bequemen Borwand zu dem solidarischen Wucher abgibt, irgendein parlamentarischer Durcheinander mit großen Worten und ungezügelter Aktion zustande kommt, das den bei zurückbleibendem Dollar entstehenden Ueberweilmarstand unserer Preise wieder aus der Welt schafft?

Die „Germania“ kritisiert dann das Vorgehen der Sozialdemokratischen Fraktion. Ihr Vorgehen sei tatsächlich nicht klug gewesen und habe die Situation nicht erleichtert. Sie fährt dann fort:

Und doch müssen wir ihn suchen, wenn wir der Rechtsdiktatur nicht in die Hände arbeiten wollen. Stürzt jetzt das Kabinett Siresemann, dann kann kein Mensch sagen, was folgen wird. Mancher, der an sich Anhänger der großen Koalition ist, neigt der Auffassung zu, eine rein bürgerliche Regierung wäre jetzt in der Lage, der drohenden Rechtsbewegung Herr zu werden und sie aufzufangen. Wir glauben, daß das ein Irrtum ist und daß diese Rechtsbewegung auch über die rein bürgerliche Regierung zur Diktatur fortschreiten wird, wenn man sie ruhig gewähren läßt. Hier liegt der springende Punkt. Man hat oft den Eindruck, daß einzelne Kreise, die von Haus aus keine innere Verbundenheit mit den treibenden Kräften der Rechtsaktion haben, den Kopf verlieren und die Flinte frühzeitig ins Korn werfen wollen, wo sie dann pünktlich von anderen aufgehoben wird. Die Dinge sind noch nicht so weit, als daß dem

Die Schuhe.

Von Hans Gathmann.

In einer vornehmen Straße der Stadt standen in einem sehr vornehmen großen Laden viele viele Schuhe auf hohen kristallinen Füßen. Es gab da braune, gelbe, schwarze, graue, rote, hohe Sportschuhe mit doppelten Sohlen, spiegelnd lackierte Damenschuhe mit hohen Absätzen und zierlichen Spigen. Sie sahen alle gelangweilt durch die dichten Stäbe eines eisernen Gitters, das Tag und Nacht das riesige Schaufenster schloß, auf das ruheloze Straßengeräusch, vornehm gelangweilt wie manche Menschen, denen das Leben nichts mehr anhaben kann. Ihre glücklicheren Brüder und Schwestern, die dem Glas- und Eisenfangnis längst entronnen waren, sahen sie täglich an den Füßen eleganter Herren und Damen, über hauchdünne kostbare Seidenstrümpfe gezogen, auf der schönen Straße spazieren gehen, und so ruhig und gelassen sie schrittel auf den blühenden Glassockeln standen, quälte sie doch der Drang nach Freiheit, der Wunsch, endlich auch einmal ins Leben hinausschreiten zu können und seine Wunder erleben zu lernen.

„Wie lange sollen wir eigentlich hier noch stehen?“ sagte eines Tages zur Mittagsstunde, als die Verkäuferinnen nach Hause zum Essen gegangen waren, ein eleganter, unnatürlich schmaler Damenschuh zu dem neben ihm stehenden gesportelten Reistiefel, der sehr eitel und lächelnd war. „Ist es nicht schrecklich, wochenlang eingeperrert zu sein, wochenlang an demselben Platz zu stehen? In meinem ganzen Leben bin ich noch keinen einzigen Schritt gegangen und ich lehne mich danach.“

„Es wird noch sehr lange dauern, ehe sich deine Sehnsucht erfüllt,“ antwortete der Reistiefel gelant, der schon lange eine stille Zuneigung für das feine, gebredliche Schuhen neben sich hatte und sich täglich vergeblich bemühte, ihm seine breite, funkelnde Lederspitze zuzuwenden. „Sehr lange wird es noch dauern. Und weißt du auch, was daran schuld ist? Die geheimnisvolle Zahl, die vor dir steht und vor der alle, die dich verlangend betrachten, erschrecken und bleiche Gesichter bekommen.“

Der kleine zarte Schuh blinzelte vor sich und sah an seinen kristallinen Fuß angelehnt eine Zahl, die er nicht lesen konnte und nicht verstand.

„Ich habe so viele Freundinnen,“ sagte er leise, „und eine liebe ich besonders und würde ihr gern gehören. Sie trägt keinen so kostbaren Pelz wie neulich die Dame, der ich nicht gut genug war, aber sie hat sehnsüchtige Augen, die mich verlangend und wehmützig anschauen.“

„Die Zahl, die Zahl!“ kreischte der Reistiefel ärgert.

„Ich will keine Zahl,“ sagte das Schuhen zornig, „ich will meinen Zweck erfüllen und einem Menschen nützen und Freude machen. Warum kommt das Mädchen, das mich jeden Tag so lange ansieht, nicht herein und nimmt mich mit?“

„Du verstehst den Sinn der Zahl nicht, der sich täglich, ständlich

Ansturm von rechts kein erfolgreicher Widerstand entgegengekehrt werden könnte. Hinter den großen Worten dieser Kreise steht nicht die Kraft, die diese gerne vortäuschen. Die Regierung der großen Koalition kann auch damit fertig werden, wenn sie entschlossen handelt, nicht nur in der Anwendung der staatlichen Machtmittel, sondern auch durch eine kluge und energische Wirtschaftspolitik, die die Hauptquelle der Unzufriedenheit verstopfen würde. Dazu ist wieder notwendig, daß eine verständige Außenpolitik, zu der eine Rechtsregierung unfähig wäre, die Hindernisse beseitigt, an der der Gesundungsprozess im Innern scheitert. Die Regierung kann diese Arbeiten aber nicht erledigen, wenn sie durch immer neue Krisen aktionsunfähig gemacht wird. Das sollte eine Mahnung sein an alle, die es wohl meinen, auch die neue Krise möglichst bald zu überwinden.“

Als diese Mahnung der „Germania“ erschien, war sie bereits verspätet. Sie ist auch von den engeren Freunden der „Germania“ nicht gehört worden. Diejenigen, die sie nicht hörten, werden zu zeigen haben, welche Innen- und Außenpolitik sie ohne die Sozialdemokratie glauben betreiben zu können. Und noch viel mehr, ob sie imstande sind, der Kräfte Herr zu werden, die hinter den Kulissen arbeiten. Schon wirft die „Zeit“ in einer Polemik die Frage auf. Sie stellt fest:

„Seit einiger Zeit schon arbeitet man an der Vorbereitung einer Diktatur, die von Beauftragten der Großindustrie getrieben und von jeder parlamentarischen Verantwortlichkeit losgelöst werden soll. Man hat wohl auch die Vorschläge im einzelnen schon fertig. Ein solcher Plan mag vielleicht im ersten Augenblick ganz bestechend aussehen. Wie lange die Dinge aber ruhig gehen werden und wie lange eine solche Diktatur der Großindustrie und ihrer vier Beauftragten sich halten würde — das möge man sich doch einmal im „Volks-Anzeiger“ überlegen. Sollte sein Angriff, wie wir annehmen, der Förderung jätlich bekannter Diktaturpläne dienen, dann ist es doch wohl besser, einmal offen zu sagen, wie der Kurs aussieht und wohin er steuert.“

Die bürgerliche Regierung wird also, darüber gibt es wohl keine Täuschung, mit dem gleichen Feind zu kämpfen haben, und es wird sich bald zeigen, daß es ein Irrtum war, wenn man glaubt, durch den Verzicht auf die Mitarbeit der Sozialdemokratie diese Gefahr bannen und die Auseinandersetzung mit diesem Kreise umgehen zu können.

Grenzgefechte in Thüringen.

Sonneberg (Thüringen), 2. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht vom 1. zum 2. November sind Beamte der Thüringer Landespolizei, die sich bei der benachbarten Ortshaus Gönzsch auf thüringischem Boden befanden, von starken Patrouillen irregulärer bayerischer Verbände lebhaft beschossen worden; zeitweise wurden sogar Salven auf sie abgegeben. Die thüringischen Landespolizeibeamten haben das Feuer nicht erwidert. — In der gleichen Nacht war hier während mehrerer Stunden von der Grenze her scharfes Maschinengewehr- und Gewehrfeuer zu hören.

Der Reichsminister des Innern hat kurz vor seinem Rücktritt nicht nur durch das von uns bereits mitgeteilte Telegramm, sondern auch in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten auf die für den Bestand des Reiches verhängnisvollen Rüstungen an der bayerisch-thüringischen Grenze hingewiesen. Sowohl durch das Telegramm als das Schreiben haben unsere Hinweise auf die Rüstungen der illegalen Verbände in Bayern ihre Bestätigung erfahren. Inzwischen sind aber die Kampf vorbereitungen soweit fortgeschritten, daß selbst wenn die bayerische Regierung wollte, die Zusammenziehung der illegalen Verbände in ihrem Verwaltungsbereich und die damit bezweckten Absichten kaum noch unmöglich machen kann. Tatsächlich machen die Geheimorganisationen jetzt auch keinen Hehl mehr aus ihren Plänen. Sie propagieren öffentlich die Abrechnung mit den „Novemberverbrechern“.

ändert. Du weißt nicht, daß du jeden Tag teurer wirst und daß dich niemand mehr bezahlen kann.“

„Ich will ja gar keine vornehmen Dame gehören,“ jammerte der kleine Schuh verständnislos. „Einem armen Mädchen möchte ich gehören, das sich lange, lange über mich freuen möchte.“

„Das ist ganz unmöglich. Siehst du dort das Schild? Darauf steht: Preise in Milliarden.“ Borige Woche stand darauf: Preise in Millionen.“ Auch da konnte dich niemand kaufen. Unser Herr aber hat heute schon ein neues Schild gemalt, auf dem steht: Preise in Billionen.“ Und wenn auch viele, viele Menschen mit ganz zerrissenen Schuhen oder gar mit bloßen Füßen herumlaufen, werden wir immer noch hinter den Eisenstäben stehen und unter uns die Zahl.“

Das begriff der kleine Schuh nicht und wurde so zornig, daß er mit dem Absatz auf den kristallinen Fuß stampfte, so daß er zerbrach.

Als das der Besitzer am anderen Morgen sah, verwunderte er sich. Dann aber lachte er, verdoppelte die Zahl, die vor dem Schuh stand, entließ zwei Verkäuferinnen, weil nichts zu verkaufen war und wartete auf den neuen Dollarkurs.

Tagurs Ackerbau-Universität.

Rabindranath Tagur, der indische Dichter, beschäftigt sich seit langem auch tatkräftig mit Erziehungsfragen und hat es in der von ihm gegründeten Universität unternommen, den Beruf des Gelehrten mit dem des Ackerbauers zu verknüpfen, indem er die Studenten zugleich die Früchte des Geistes und des Feldes ernten läßt. Ueber diese „Ackerbau-Universität“ von Cirinikatan machte einer seiner Mitarbeiter, Elmirst, in einem Vortrag in London nähere Mitteilungen.

Die Ackerbau-Universität ist in nächster Nachbarschaft der Universität von Kalkutta gelegen und besteht aus einem großen Gut, das unmittelbar an den Urwald anstößt. Die Studenten, die hier Aufnahme finden, müssen bereits die Universität absolviert haben und können sich hier weiteren Studien widmen, indem sie zugleich das Land bebauen lernen. Jeder dieser jungen Gelehrten erhält ein Stück Land, auf dem er sich selbst ein kleines Häuschen zurechtimmern muß und das er zwei Stunden am Tage bestell. Ein Teil seiner übrigen Zeit ist er verpflichtet, an den übrigen Arbeiten auf dem Gut und im Garten teilzunehmen, und er lernt hier alles, was sich auf den Ackerbau bezieht. Auch weibliche Studenten werden aufgenommen, und zwar sind Männer und Frauen vollkommen gleichberechtigt. Die Studentinnen haben, wie Elmirst bemerkte, die Heirat bis zu einem Alter von 18 oder 19 Jahren aufgeschoben, um die Universität besuchen zu können.“ Viele Frauen freilich halten an dem indischen Brauch einer sehr frühen Heirat fest, so daß sie die Hochschule nicht besuchen können, und für Frauen, die die altindische Tracht bevorzugen, ist die körperliche Arbeit wegen der unpraktischen Gewandung schwierig.

Von besonderer Bedeutung ist die Einwirkung, die von dieser Ackerbau-Hochschule auf die umliegenden Dörfer ausgeht. Zuerst

die am 9. d. Mis., also an dem Tage des fünfzigjährigen Bestehens der Republik, erfolgen soll.

Die Rückwirkung auf Sachsen.

Dresden, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Am späten Nachmittag wurde in Dresden die Meldung von dem Auseinanderfallen der Koalition im Reich bekannt. In unterrichteten Kreisen sieht man die dadurch auch für Sachsen geschaffene Lage als außerordentlich ernst an. Es herrscht die Ueberzeugung vor, daß die Krise im Reich automatisch eine neue Krise in Sachsen herbeiführt.

Dresden, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitagmittag fand in den Ministerien die Begrüßung der Beamten durch die neuen Minister statt. Ministerpräsident Jellisch machte in seiner Ansprache darauf aufmerksam, daß er von den Beamten ein unbedingt ehrliches Verhalten gegenüber der republikanischen Verfassung fordere. Ministerialdirektor Dr. Schulze, der Leiter der Staatskanzlei unter dem Reichskommissar Heinze erwiderte u. a.: Die Beamtenschaft werde getreu ihrem Eide ihre Amtspflicht auf's peinlichste erfüllen. Nachdem die Beamten, die auf die Reichsverfassung vereidigt sind, in den letzten Tagen die Anordnungen des Reiches ausführen mußten, besähe nun wieder eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage. Da sei es selbstverständlich, daß die Beamten alles tun werden, was der Eid auf die Verfassung verpflichtete. Ihm sei ursprünglich der Posten des Reichskommissars angeboten worden, den er abgelehnt habe, um der Regierung die Treue zu halten. Zur Annahme der Stellung eines Leiters der Staatskanzlei habe er sich erst entschlossen, nachdem er geprüft habe, daß der Schritt des Reiches verfassungsrechtlich zulässig sei. Minister des Innern Liebmann begrüßte die Beamten u. a. etwa wie folgt: „Wir haben die Schmach erlebt, daß eine verfassungsmäßige Regierung mit entschlossenen Beweisen aus dem Ministerialgebäude entfernt und zur Sicherung der Republik durch Gewalt ihres Amtes enthoben wurde. Gleichzeitig haben wir auch gesehen, daß unter der Herrschaft der entschlossenen Beweise die Reaktionäre wie Mauswürse aus ihren Löchern herorgestochen kamen und taten, als ob die ganze Welt ihnen gehörte. Für viele, die im innersten Herzen treu zur Sache stehen, sind diese Verkommenisse ein Prüfstein gewesen. Trotz entschlossener Beweise haben sie mutig zu uns gestanden, nicht unterzogen, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß es sich um Gewalt gegen die Republik handelt. Für dieses Verhalten meinen insbesondere Dank. Als die verfassungsmäßige Regierung entfernt war, wollte man gleich eine „reibungslose“ Verwaltung schaffen und begann damit, republiktreue Beamte hinauszumerken. Ich bewerte nicht, in der gleichen Weise zu verfahren, hoffe aber, daß die Herren, denen die Sonne vielleicht nicht warm genug scheint in diesem Hause, sich einen Platz suchen, wo sie mehr Wärme finden. Im übrigen erwarte ich, überall Treue zur Republik anzutreffen.“

Dresden, 2. November. (M.L.B.) Der Befehlshaber im Wehrkreis 4 hat die Bekanntmachung vom 29. vorigen Monats über das allgemeine Versammlungsverbot aufgehoben. Die Reichswehr ist heute in Chemnitz ohne Zwischenfall eingerückt.

Bayerisches.

München, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalstaatskommissar hat nunmehr das Verbot der „Münchener Post“ bis einschließlich Mittwoch, den 7. November, befristet in der Voraussetzung, daß die Redaktion ein Entschuldigungsverfahren an Herrn v. Kahr richtet, der sich durch die Artikel, die zu dem Verbot führten, persönlich getränkt fühlte. Die „Münchener Post“ ist diesem Wunsch nachgegeben und betont in ihrem Schreiben, daß sie ihren Kampf auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete stets nur sachlich zu führen bestrebt war im Interesse des Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse. Wenn sie in diesem Kampfe einen Schritt zu weit gegangen sein sollte, so sei das unter den heutigen Umständen wohl entschuldbar.

Der „Republikanische Reichsbund Bayern“ wollte am 3. November seine Gründungsfeier in Form eines künstlerischen Volksabends veranstalten. Die Polizeidirektion München hat diese Feier verboten, weil nach ihrer Auffassung der Volksabend einer politischen Versammlung gleichkomme. Bemerkenswert ist, daß die Vorbereitungen zu dieser Feier bereits vor Erlass des Ausnahmestandes, also vor dem 26. September, getroffen und von der Polizei genehmigt waren, auch die Plakate, die die Veranstaltung ankündigten.

wollten die Bauern von den neuen Methoden der Feldbestellung, die hier gelehrt wurden, nichts wissen, aber allmählich erkannten sie den Wert und haben vieles davon angenommen, so daß die bessere Kultivierung des Bodens, die Indien so tut, durch Tagurs Gründung sehr gefördert wird. Die Hauptziele, die der Dichter mit seiner Universität verfolgt, sind folgende: 1. einen Mittelpunkt in jeder inblühende Geist für das Studium der altindischen Kulturen zu schaffen, 2. die Gelehrten internationaler Eintracht der Jugend einzupflanzen, indem das ausgeführt wird, was alle Völker verbindet, nicht das, was sie trennt, 3. den einseitigen Nationalismus zu bekämpfen. Neben der Arbeit wird auf dieser „Freiluft-Universität“ auch viel Sport und Spiel getrieben. Die Studenten nehmen an den Festen der Bauern teil und lehren sie europäische Spiele, wie z. B. den Fußball; die bodenständige Handwerkskunst wird gefördert im engen Zusammenleben von Studenten und Bauern, ebenso Volksgesang, Volkstanz usw. Von der Universität ist auch eine energische Bekämpfung der Malaria ausgegangen, die in der Vernichtung der Brutplätze der Moskito und in der Einrichtung einer Klinik besteht.

Der Pfarrer von St. Martini im Reichstag. Wie bereits kurz gemeldet, hat soeben der Reichstagsabgeordnete Genosse Hubert-Danabrad sein Mandat niedergelegt, während an seine Stelle der Pfarrer an St. Martini in Bremen, Genosse Gmitzfeld tritt. Mit diesem zieht ein Mann von besonderer Prägung und streitbarem Geist in den Reichstag ein. Er wurde 1907 als Nachfolger des berühmten freigeistigen Bremer Pfarrers Rathhoff gewählt und wurde in den Jahren vor dem Krieg durch seine Predigten über Goethe und Ibsen bekannt, in der Folge ebenso als Verfasser einer Reihe prächtiger Romane, wie „Königslander“, Briefe aus schwerer Trennungszeit einer Ehe, die „Sünde wider das Blut“, ein Gegenpol zu der Dinterichs Schrift „Sünde wider das Leben“, „Albert Reinkinds Höhenflug“ u. a., ferner die abenteuerlichen „In Kampfe um Frieden“ und die ausgezeichnete wissenschaftliche Schrift „Kind und Gottesglaube“.

Die Herbstausstellung der Berliner Sezession wird heute, Sonnabend, mittags 2 Uhr, eröffnet.

Der Staats- und Tomchar, der nunmehr der Hochschule für Kunst angegliedert ist, wird am 10. November sein erstes öffentliches Konzert in der Hochschule für Kunst geben. Prof. Hädel wird Werke von Beethoven, Raff, Schumann, Durand, Goldara, Seb. und Bach dirigieren. Eintrittskarten sind bei Bote & Beck und Wertheim zu haben.

Hans Voelckel, der bekannte Architekt, ist zum ordentlichen Professor an der Berliner Technischen Hochschule ernannt worden.

Richard Dehmel würde am 18. November seinen 60. Geburtstag begehen. In seinem Gedächtnis werden ähnliche Hamburger Schulen und ähnliche Schulen im freistaatlichen Bayern veranstalten. Auch in Preußen soll ähnliches beachtet sein.

Für die notleidenden deutschen Schriftsteller und Künstler sind bei dem österreichischen Bundesminister Schaffl bis jetzt 105.029.040 Kronen eingelaufen.

Prof. Dr. Ferdinand Kertwölz, der Direktor der thüringischen Abteilung des Jüdischen Krankenhauses, ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Er ist als Schriftsteller namentlich durch seine „Chirurgie des Kindesalters“ bekannt geworden und galt als geschickter Operateur.

Der Austritt der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung

Dienstag, den 6. November: Öffentliche Volks-Versammlungen.

Die Tragödie des Generals von Seekt.

Uns wird geschrieben:
Als in den letzten Stunden des Kapp-Putsches der General v. Lüttwitz den Zusammenbruch seines hochverräterischen Unternehmens klar vor Augen sah und nur noch für seine Person einen möglichst glimpflichen Ausgang erstrebte, erfuhr er, daß die verfassungsmäßige Reichsregierung den General v. Seekt zu seinem Nachfolger ernannt hatte. Hierüber geriet der Rebell in eine solche Wut, daß er zunächst mit dem Gedanken spielte, lieber den aussichtslosen Putsch fortzusetzen, als die Militär Gewalt einem solchen Nachfolger zu überlassen. Nur mit Mühe konnte ihn seine Umgebung vor dieser letzten Wahnsinnstat abbringen. Die Gründe dieses fanatischen Hasses Lüttwitz gegen Seekt sind zwar nicht sehr klar, doch dürften sie noch aus der Kriegszeit stammen. Der rasche Aufstieg des begabten Generalstabsoffiziers, der es innerhalb weniger Jahre vom Major zum General gebracht hatte und der in den eingeweihten Kreisen der alten Armee als der eigentliche Schöpfer der genialsten strategischen Operationen im Osten — Durchbruch von Larnow-Vorsice im Frühjahr 1915 und Einkreisung der rumänischen Armee im Herbst 1916 — allgemein galt, war den alten Generalen stets ein Dorn im Auge gewesen und sie hatten es schließlich bei der Obersten Heeresleitung durchgesetzt, daß er im letzten Kriegsjahr auf einen unfruchtbaren Posten an der stillstehenden russischen Front verbannt wurde. Nicht allein Lüttwitz, sondern auch Ludendorff und die meisten verabschiedeten Offiziere der alten Armee waren von tiefem Haß gegen Seekt erfüllt und dieser Haß steigerte sich zur Verachtung, als es Seekt nach dem Kapp-Putsch übernahm, an die Spitze der Reichswehr zu treten. Seitdem gilt er in deren Augen als ein Abtrünniger, ein Verräter, und der Umstand, daß er angeblich, ähnlich wie General Hoffmann, mit einer Jüdin verheiratet sein soll, trägt natürlich dazu bei, die gehässige Fronde gegen seine Person in den völkisch-nationalistischen Offizierskreisen über alle Maßen zu steigern.

Außerdem herrscht in der Clique der Ludendorff, Watter und Genossen eine tiefe Erbitterung gegen den Chef der Heeresleitung, weil er teils aus Gründen der militärischen Disziplin, teils aus realpolitischen Erwägungen der gegebenen Machtverhältnisse einem Zusammenarbeiten mit den illegalen militärischen Organisationen grundsätzlich abgeneigt war und weil er sogar in den Zeiten Lunos allen Annäherungsversuchen von dieser Seite sehr kühl gegenüberstand.

Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich war für die rechtsradikalen Kreise um Ludendorff ein willkommenes Borwand, auch den Chef der Heeresleitung zu beseitigen. Daher wurde er im „Völkischen Beobachter“ maßlos angegriffen, wobei die Beschimpfungen nicht einmal vor seinen Angehörigen Halt machten. Als der Reichswehrminister als Oberbefehlshaber des Münchener Schimpfblatt verboten, legten es die maßgebenden Kreise um den bayerischen Diktator Kahr durch, daß dieses Verbot unbeachtet blieb und daß General v. Lossow seinen Finger für die Durchführung dieser Maßnahme rührte.

Von diesem Augenblick an war für den Chef der Heeresleitung — ebenso wie für seinen Vorgesetzten Oehler — die Lage ganz klar: Konnten sie ihre Befehle nicht durchsetzen, so waren sie in den Augen der gesamten Reichswehr moralisch erledigt. Gerade darauf aber hatten es die Ludendorff und Lossow abgesehen.

Die weitere Entwicklung der Angelegenheit ist bekannt: Die bayerische Reichswehr wurde auf Lossow und Kahr verpflichtet, alle dem Befehl ihres eigentlichen und einzigen Vorgesetzten Seekt entzogen, Lossow unterstrich seine Rebellion mit einem Fünfpfennig, den er auch an die nichtbayerischen Teile der Reichswehr übermittelte und Seekt selbst wartete darauf, daß ihm die Reichsregierung die Befehle erteile, auf die er nicht nur als Person, sondern auch im Interesse des Ansehens und der Disziplin der Reichswehr ein gebieterisches Anrecht hatte.

Aber siehe da! Die Befehle blieben aus, es wurde mit den Rebellen „verhandelt“ und merkwürdigerweise waren es fast ausschließlich die sozialdemokratischen Minister, die für jene Handlungen eintraten, die allein geeignet wären, die militärische Autorität und Ehre des Chefs der Reichswehr wieder herzustellen.

Wir wissen sehr wohl, daß General v. Seekt alles eher als ein Freund der Sozialdemokratie ist und daß er bestenfalls als ein Vernunftrepublikaner bezeichnet werden kann. Wir haben also keinen Anlaß, uns für ihn besonders einzusetzen. Aber in diesem Augenblick, wo sich die bürgerlichen Parteien und ihre Vertreter in der Reichsregierung anschicken, vor den bayerischen Rebellen und Meuterern zu kapitulieren, verdient der Fall Seekt menschlich und politisch gewürdigt zu werden: Dieser alte Soldat, der unter Ueberwindung berechtigter Empfindungen seine Kräfte in den Dienst einer schwierigen und wenig dankbaren Aufgabe gestellt hatte, ist gerade von den Kreisen und Schichten, die ihm am nächsten standen, einfach verraten worden. Die einzigen, die wirklich Verständnis für seine Stellung, für sein Recht und für seine Ehre bewiesen haben, waren die ihm gänzlich fernstehenden „Margariten“, mit denen er übrigens von den bayerischen Rebellen in einen Topf geworfen wird.

Dabei haben die Rebellen noch heute eine nicht geringe Angst vor ihm, denn sie wissen, wie groß seine persönliche Autorität auf die verfassungsmäßige Reichswehr bisher gewesen ist. Noch gestern veröffentlichte das völkische „Deutsche Tageblatt“ einen Aufruf der „Baterländischen Kampfbünde“ (Hitler-Ludendorff) gegen die „Diktatur v. Seekt“. Jene Herrschaften wissen nämlich, daß wenige Stunden, nachdem Seekt den Befehl erhalten haben würde, mit der Reichswehr gegen Bayern vorzugehen, es mit der ganzen bayerischen Herrschaft vorbei wäre, vielleicht sogar ohne daß ein einziger Schuß zu fallen brauche.

Aber der Befehl ist nicht gekommen und er wird nicht kommen. Die bürgerlichen Parteien sind entschlossen, vor Lossow zu kapitulieren und kümmern sich einen Teufel um die militärische Ehre desjenigen Mannes, den sie an die Spitze der verfassungsmäßigen Wehrmacht gestellt hatten. Er hat keine Schuldigkeit am Vaterlande im Kriege und nach dem Kriege getan: Er mag als erledigter Mann gehen, er kann als noch erledigter Mann bleiben. Die Hauptsache ist, daß man endlich wieder seine schöne Ruhe mit München hat!

Eine Freundesstimme.

In der Dienstagnummer der „Wiener Arbeiterzeitung“ wird sehr ausführlich zu den Vorgängen in Sachsen und der neuen schweren Krise im Reich Stellung genommen. Die Kritik unseres Wiener Bruderorgans über die Haltung der Partei in der sächsischen Frage ist durch die weitere Entwicklung in Sachsen gegenstandslos geworden. Erste Beachtung verdient indes das Urteil der „Arbeiterzeitung“ über die Gesamtpolitik der deutschen Sozialdemokratie:

„Man kann — so schreibt das Blatt — die sächsische Diktatur in Deutschland nicht dadurch verhüten, daß man selbst zu ihrem Schrittmacher wird! Setzt sich die deutsche Sozialdemokratie in Gegensatz zur deutschen Arbeiterklasse, dann wird sie sehr bald keine reale Macht mehr sein und dann erst recht hinweggefegt werden, sobald der Faschismus seine Stunde gekommen glaubt! Hundertmal besser im Augenblick konterrevolutionärer Gewalt in Ehren zu erliegen, als auf die Partei die Schande zu laden, die ihre Zukunft vernichten müßte, die Schande, selbst zur konterrevolutionären Gewalt geworden zu sein! Noch ist nichts verloren. Noch kann ein mutiger Entschluß Ehre und Zukunft der Sozialdemokratie retten. Aber dieser Entschluß muß, so schwer er sein mag, gefaßt werden. Das wollten, das mußten wir in aller herzlichster Freundschaft unseren Freunden im Reich sagen; ihnen sagen, weil uns um Deutschland, weil uns um die deutsche Sozialdemokratie bange ist.“

Diese Zeilen wurden, wie erwähnt, geschrieben, als die gesamte internationale Öffentlichkeit unter dem niederschmetternden Eindruck der Reichsregulation in Sachsen stand und das Ausland auf Grund lächerlicher Informationen annahm, daß die sozialdemokratischen Reichsminister das Vorgehen gegen die sächsische Regierung gebilligt hätten. Die Maßnahmen unserer Partei in Sachsen wie im Reich dürften nicht nur diesen Irrtum aufklären, sondern auch den Beweis erbracht haben, daß die deutsche Sozialdemokratie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die reaktionäre Gefahr abzuwenden gesucht hat. Nachdem der Kampf gegen die Militärdiktatur nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt hat, zog sie durch den Austritt aus der Regierung die einzig mögliche Konsequenz aus dieser Lage, ein Beweis mehr dafür, daß sie von derselben Erkenntnis geleitet wird, die unser Wiener Bruderblatt zu ihrem freundschaftlichen Appell an unsere Partei veranlaßt hat.

Die Separatisten im Rheinland.

Köln, 3. November. (Eco.) Heute früh nach 10 Uhr wurde das Rathaus von den Separatisten gestürmt. Die Verteidigung des Rathauses, bestehend aus der Feuerwehrgesellschaft, dem Nachener Selbstschutz und einem kleinen Aufgebot von Ortpolizei, mußte der Uebermacht weichen. Die Sonderbündler hatten zu der Erstürmung des Rathauses annähernd 200 Mann zusammengezogen, alle schwer bewaffnet mit Karabinern, Handgranaten und Sturmbeden. Die Separatisten sind durch das Anlegen von Leitern in das Rathaus eingedrungen. Die belgische Besatzungsbehörde hatte zwei Tage vorher das ganze Rathaus nach Waffen durchsucht und die belgische Hauptwache, die durch einen Seiteneingang mit dem Rathaus verbunden ist, zurückerlangt. Ueber Nachen ist noch immer der Belagerungszustand verhängt. Waffentragen ist verboten. Nicht mehr als fünf Personen dürfen auf der Straße zusammenstehen. Dagegen ziehen die Separatisten zu Hunderten mit Karabinern und Pistolen und sonstigen Kriegswaffen ausgerüstet durch die Straßen der Stadt, ohne daß die belgische Besatzungsbehörde dagegen einschreitet. Um 11.30 Uhr haben die separatistischen Truppen vor dem Regierungsgebäude in Kolonnenform Aufstellung genommen. Ihre Absicht ist, das Polizeipräsidium und alle übrigen öffentlichen Gebäude in ihre Hand zu bringen. Das Polizeipräsidium ist von einer nach Tausenden zählenden Menge umlagert. Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge ist mit einem erbitterten Kampf zu rechnen.

Bingen, 3. November. (Wib.) Als heute nacht 1/4 Uhr Separatisten in das Kreisamt von Bingen eindrangen, marschierten zu gleicher Zeit zwei Abteilungen französischer Infanterie mit Maschinengewehren vor dem Kreisamt auf. Gleichzeitig mit dem Führer der Putschisten betreten auch zwei Sekretäre des französischen Kreisbelegierten das Kreisamt, die den Delegierten telefonisch über den Gang der Aktion laufend unterrichteten. Das Kreisamt wurde sofort von französischem Militär besetzt.

In Worms hatte die organisierte Arbeiterschaft den Schutz vor den Putschisten noch nicht besetzen öffentlichen Gebäude übernommen. Darauf verhängten die Franzosen gestern die Nachschloßsperre und ein Verbot von größeren Ansammlungen innerhalb von öffentlichen Gebäuden, das jedoch nicht befolgt wurde. Heute mittag wurde der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Lutz und der sozialdemokratische Stadtverordnete Chrentraut, die beide hervorragend bei der Abwehrorganisation tätig waren, von französischen Kriminalbeamten verhaftet und sofort ausgewiesen.

Nachen wieder befreit.

Köln, 2. November. (Wib.) Die Sonderbündler sind heute nachmittag auf Anordnung des Verkehrsbelegierten, der im Auftrage der Rheinlandkommission gehandelt hat, durch die belgische Gendarmen erzwungen worden. Sie dürfen keine Armbinden und keine Waffen mehr tragen. Ein Teil von ihnen hat sich nach dem Bahnhof begeben. Rathaus und Regierungsgebäude sind von deutscher Polizei besetzt. Die Fahnen der Sonderbündler sind heruntergeholt. Die beschlagnahmten Waffen sind unter Aufsicht des Gendarmenkommandanten aufbewahrt worden. Der Leiter der deutschen Polizei wurde persönlich für die Sicherheit der Sonderbündler bei ihrem Abzug verantwortlich gemacht. Von einzelnen Personen, die von den Sonderbündlern gefangengehalten worden waren, ist bereits bekannt, daß sie wieder frei sind.

Die Bevölkerung, die sehr erregt war, wurde durch die Polizei nach Abzug der Sonderbündler beschwichtigt. Der Kreisbelegierte gibt bekannt, daß bis auf weiteres jeder Verkehr von bewaffneten und besonders bewaffneten Scharen, das Besitzen oder Tragen von Fahnen und Armbinden, sowie jeder Verkehr von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens im Stadt- und Landkreis Nachen verboten ist.

Es wird angenommen, daß auf Grund der Erklärung des belgischen Außenministers Jaspar in der gestrigen Kabinettsitzung der belgische Delegierte in der Rheinlandkommission angewiesen worden ist, den sogenannten Separatisten gegenüber volle Neutralität zu wahren. — In der Bevölkerung omei man allgemein erleichtert auf.

Gemeindegewalt der Labour Party. Von den am Donnerstag in über 300 Städten und Landbezirken von England und Wales abgehaltenen Gemeinderatswahlen liegen bisher die Ergebnisse aus 88 Wahlbezirken vor. Die Konservativen haben gewonnen 30, verloren 17, die Liberalen gewonnen 12, verloren 9, die Arbeiterpartei gewonnen 68, verloren 88, die Unabhängigen gewonnen 28, verloren 24 Sitze.

Hughes gegen Poincaré.

Amerika lehnt die französischen Einschränkungen ab.

London, 2. November. (Wib.) Während in unterrichteten Kreisen weiterhin angenommen wird, daß die Einschränkungen der französischen Regierung bezüglich der geplanten Sachverständigen-Untersuchung weder in den Augen der britischen noch der amerikanischen Regierung ein Hindernis für den Zusammentritt eines derartigen Ausschusses bilden werden, besagen Agenturmeldungen aus Washington, es verlautet, daß Staatssekretär Hughes in einer Darlegung der amerikanischen Haltung zu dem den Reparationsausschuß betreffenden Vorschlag gegenüber dem französischen Geschäftsträger in Washington klargemacht habe, daß die Vereinigten Staaten sich von der geplanten Untersuchung der Leistungsfähigkeit Deutschlands zurückziehen würden, wenn das Programm der Konferenz von Poincaré im voraus eingeschränkt würde. Von maßgebender Seite verlautet, daß die Darlegungen des Staatssekretärs Hughes folgende Punkte enthalten haben:

1. Die Vereinigten Staaten hätten angenommen, daß Frankreich den Plan des Staatssekretärs Hughes ohne Einschränkungen mit Bezug auf das Programm angenommen hätten.

2. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß die Zusammenkunft vollständig fehlschlagen würde, wenn die Sachverständigen verhindert würden, die gesamte Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu erörtern.

3. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, es sei zwecklos, mit Konferenzen unter Beschränkungen fortzufahren.

4. Die Vereinigten Staaten seien der Ansicht, daß die Bedingungen des Versailler Vertrages, die bei Einschränkung der Billigung der Reparationen eine Verminderung der Reparationen vorsehen, die Erwägung der gesamten Reparationssumme gestatten.

„Der erste mutige Schritt“.

Eine englische Stimme.

London, 2. November. (Wib.) „Westminster Gazette“ schreibt, nicht einen Augenblick zu früh habe die britische Regierung Frankreich und Belgien mitgeteilt, daß sie die Rheinland-Republik nicht anerkennen werde. Es sei der erste mutige Schritt Englands. Die britische Note sei äußerst wichtig, denn sie bringe Frankreich gegenüber zum Ausdruck, daß England bei dieser Angelegenheit nicht beabsichtige, sich einer vollen Last auf die gegenüberstehenden zu lassen, wie dies bei der Ruhrbesetzung geschah. Nach dem Urteil Englands würde die Schaffung einer rheinischen Republik einen Bruch des Versailler Vertrages bedeuten und gemäß dieser Feststellung müsse England handeln. England sei auf Grund des Friedensvertrages mit seinen Alliierten für die Befestigung der Rheinlande verantwortlich. Es gebe nur eine Alternative für die Durchführung der gegebenen Befehle, nämlich die Berliner Regierung. Belgien habe bereits erklärt, daß es in der separatistischen Bewegung neutral sei. Diese Antwort könne nicht von Frankreich kommen, ohne daß dieses gewisse Lasten, die von zahlreichen unabhängigen Beobachtern beglaubigt werden, außer acht lasse. Aber auch aus Gründen reiner Menschlichkeit könne England nicht beiseite stehen und zusehen, wie eine große Provinz der Herrschaft roher Bestellen unterworfen werde, von denen die meisten mehr in Gefängnissen zu Hause schienen als in Verwaltungsbureaus. Wenn Poincaré sage, der Vertrag sei ein heiliges Ding, so müsse er, wie er die Macht habe, auch den Willen haben, dafür zu sorgen, daß der Friedensvertrag im Rheinland nicht ein Gespött werde.

Der neue Lohnabzug.

Die erhebliche Verschlechterung der Mark und die dadurch bedingte Verteuerung der Lebensverhältnisse zwingen die gestern mitgeteilte Festsetzung der Verhältniszahl beim Steuerabzug vom Arbeitslohn abzuändern. Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, ist daher für die Zeit vom 4. bis zum 10. November 1928 statt auf 15 000 auf 20 000 festgesetzt worden. Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem bis zum 10. November 1928 fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit 20 000 zu vervielfachen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl 20 000 ergeben sich z. B. folgende Wochenermäßigungen:

für die Zeit vom	für Steuerpflichtige	für Ehefrau	für jährliche Kind	für Werbungskosten
16. bis 30. 9. 28 (Grundjahr)	172 800	1 152 000	1 440 000	
28. 10. bis 9. 11. 28 (Ergänzungsfach)	1 036 800 000	6 912 000 000	8 640 000 000	
4. bis 10. 11. 28 (Mangelfach)	8 456 000 000	28 040 000 000	28 800 000 000	

Der im Wege des Steuerabzugs einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle zehn Millionen Mark nach unten abzurunden.

Rückkehr des Kronprinzen?

Rechtstehende Blätter transportieren die Nachricht, daß der frühere deutsche Kronprinz seinen holländischen Wohnsitz Weeringer verlassen habe und bereits auf seinem Gute Dels eingetroffen sei, wo er Wohnsitz zu nehmen gedente. Die Nachricht ist falsch. Der holländische Kronprinz sieht nach wie vor in Holland. Allerdings hat er vor einigen Wochen durch eine Mittelsperson bei der Reichsregierung erneut den Wunsch geäußert, nach Deutschland zurückzukehren und sich in Dels niederlassen zu dürfen. Die Reichsregierung erhebt zwar keinen prinzipiellen Einspruch gegen die Rückkehr, vertritt aber die Auffassung, daß wir innenpolitisch der Sorgen genug haben und uns nicht neben dem wittelsbachischen auch noch den hohenzollernischen Thronprätendenten auf den Hals laden brauchen. Das hiesige, den völkischen und monarchistischen demagogischen Treiben und ihres republikanischen Hege doch zu sehr erleichtern. Mag sein, daß eine sozialistenreine Reichsregierung auch diese Bedenken fallen läßt, weil ihr die Republik sowieso heilubä ist.

Das Verbot der „Berliner Volkszeitung“, daß der Wehrminister am Dienstag für die Dauer einer Woche verhängt hatte, ist schon heute aufgehoben worden.

Der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, ist nach einer Meldung aus London, abberufen worden.

Die Spielfartensteuer beträgt mit Wirkung vom 5. November 1928 acht Milliarden Mark für jedes Kartenspiel.

Gewerkschaftsbewegung

Wertbeständige Gehalts- und Lohnzahlungen.

In letzter Zeit haben im Reichsfinanzministerium mit Vertretern aller Wirtschaftskreise Besprechungen über die Frage der wertbeständigen Gehalts- und Lohnzahlungen stattgefunden. Als Ergebnis dieser Besprechungen wurde festgestellt, daß der Übergang von der Entlohnung in Papiermark zur wertbeständigen Entlohnung aus technischen, wirtschaftlichen und währungspolitischen Gründen nur allmählich erfolgen kann. Es wurde für zweckmäßig erachtet, wenn in der zweiten Novemberwoche mit einer wertbeständigen Bezahlung etwa in Höhe von 10 v. H. der Bezüge begonnen würde. Daraufhin hat das Reichsfinanzministerium durch Verfügung vom 1. November 1923 angeordnet, daß bei den Lohnzahlungen am 8. November und bei den Gehaltszahlungen an die Beamten und Angestellten am 9. November 10 v. H. der Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden sollen.

In dieser amtlichen Meldung wird darüber geklagt, daß eine Reihe von Gemeinden und privaten Arbeitgebern schon am 1. November einen Teil, manche sogar den vollen Betrag der Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt haben.

Die Unruhe, die auf diese Weise in die nur mit Papiermark entlohnten Arbeitnehmerkreise hineingetragen wurde, verschuldeten diejenigen Arbeitgeberkreise, die infolge ihrer wertbeständigen Auszahlungen der Allgemeinheit einen hohen Betrag an wertbeständigen Zahlungsmitteln entzogen. Sie treffen die Verantwortung für die aus ihren überhöhten wertbeständigen Zahlungen erwachsenden Folgen einer in Zukunft nur in geringem Umfang möglichen wertbeständigen Auszahlung.

Fehlt es an wertbeständigen Zahlungsmitteln, dann mußte die Einführung wertbeständiger Lebensmittelpreise mindestens solange verboten werden, bis allgemein wertbeständige Gehalts- und Lohnzahlungen erfolgen konnten.

Goldlohnrechnung und Reichsarbeitsministerium.

Zus Gewerkschaftskreisen geht uns folgende Darlegung zu: Das Reichsarbeitsministerium sollte man eigentlich erwarten, daß es in dem sozialen Kampf zwischen Unternehmern und Arbeitern den Schutz des Schwächeren übernimmt. Wie diese Aufgabe vom Reichsarbeitsminister aufgeführt wird, dafür bietet seine am Donnerstag veröffentlichte Erklärung zur Frage der Goldlohnrechnung ein sprechendes Beispiel.

Obwohl die Warenpreise längst auf Gold stehen und die ganze Wirtschaft mit Einschluß des Staates sich auf die Goldrechnung eingestellt hat, werden die Arbeitnehmer nach wie vor in wertloser Papiermark entlohnt. In seiner Erklärung stellt der Reichsarbeitsminister eine Warnungstafel auf gegenüber der sich mit Macht durchsetzenden Forderung nach Goldlohnrechnung auch für den Lohn. Das ist die Wiederholung einer Vohapolitik, die beim Reichsarbeitsministerium nicht neu ist. Man erinnert sich, wie im Frühjahr die Markführungspolitik eingeleitet wurde mit der Parole: „Keine weiteren Lohnerhöhungen!“ Damals hat das Reichsarbeitsministerium eine lebhafteste Aktivität in dieser Richtung durch Anweisungen an die Schlichtungs- und Demobilisierungsstellen entwickelt. Als einmal eine einzelne Berufsgruppe beinahe den Reallohn der Vorkriegszeit erreicht hatte, stimmte die Regierung sofort in das Gescheh über die zu hohen Löhne ein. Als dann aber der rapide Zusammenbruch der Papiermark die Arbeiterschaft auf ein fast unmögliches Niveau der Lebenshaltung herabstürzte, blieb es im Reichsarbeitsministerium stumm. Dieser Entwicklung gegenüber bewahrte man völlige Passivität.

Erst nachdem die Forderungen nach Goldlohnrechnung in der Arbeiterschaft elementar aufkam und bereits Verhandlungen über diese Frage zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer stattfanden, erst da begann sich das Reichsarbeitsministerium darauf, daß es hier etwas zu tun gebe. Statt nun aber eine Entwicklung zu fördern, die gar nicht mehr aufgehalten werden kann und gegen die sich die Arbeitgeber nur bewegen können, um noch einige Wochen länger die Vorteile einer völlig ungerichteten Lohnbildung zu genießen, stellt sich der Arbeitsminister vollständig hinter die von den Arbeitgebern vertretene Auffassung. Das ohnedem in der letzten Zeit stark erschlaffte Vertrauen der Arbeitermassen zu dieser Regierungsstelle wird dadurch ganz gewiß nicht wiederhergestellt werden können. Aber auch gegen den Widerstand der Arbeitgeber und des Arbeitsministeriums wird der notwendige schnelle Übergang zu Goldlöhnen nicht aufgehalten werden können.

Die Angestellten gegen den Arbeitszeitgesetzentwurf.

Der A.M. Bund wendet sich mit Entschiedenheit gegen die Absicht der Reichsregierung, dem fortgesetzten Drängen der Unternehmer folgend den Achtstundentag praktisch zu beseitigen. Es handelt sich bei diesem Bestreben der Unternehmer in Wahrheit darum, unbegrenzte Mehrarbeit zu erlangen.

Im Gesetzentwurf über die Arbeitszeit wird zwar im § 1 der Grundsatze des Achtstundentages ausgesprochen, dagegen enthalten die folgenden Paragraphen eine solche Fülle von Ausnahmenvorschriften, daß damit der Achtstundentag praktisch verschwinden würde. Insbesondere wird für ganze Gewerbebezirke oder Arbeitnehmergruppen der Begriff der „Arbeitsbereitschaft“ eingeführt und hierfür eine überhaupt nicht begrenzte Verlängerung der Arbeitszeit zugelassen. Ferner werden behördliche Stellen ermächtigt, auf Antrag des Unternehmers an Stelle des Achtstundentages den Zehnstundentag zu setzen, der ebenfalls noch in Form von Ueberstunden überschritten werden darf. Sogar die Schutzbestimmungen für Frauen und Kinder sollen auf Antrag des Unternehmers beseitigt werden.

Die Einführung des Zehnstundentages kann keine Gesundung und Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bringen. Verlängert Deutschland seine Arbeitszeit, so wird die Folge davon sein, daß das Ausland dasselbe tut. Die Geschädigten sind die Angestellten und Arbeiter aller Länder, Ruhiher ist das internationale Kapital.

Die deutsche Wirtschaft kann nicht geordnet werden durch eine stärkere Arbeitskraft zugunsten des Kapitals; sie kann vielmehr nur gesunden, wenn endlich das deutsche Kapital zur Tragung der Lasten herangezogen wird, die sich aus dem Kriege und der verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik nach dem Kriege ergeben.

Der A.M. Bund lehnt den Arbeitszeitgesetzentwurf ab und fordert: Schutz der deutschen Arbeitskraft, Schutz des deutschen Volkes vor der Ausbeutung durch das Kapital.

Im Buchhandel hat der Arbeitgeberverband 160 Septembergehälter, bis heute zahlbar, angewiesen. Im Expeditions- und Buchhandel hat der Arbeitgeberverband plus 350 Pro. abgerundet auf volle 10 Milliarden, das Gehalt für die Woche vom 1. bis 7. November. Die Verhandlungen im Zeitungsgewerbe sind gescheitert; das Schiedsgericht ist angefallen. Für heute sind ca. 150 Septembergehälter vom Arbeitgeberverband angewiesen. Im Möbelhandel wird heute das Gehalt der Vormoche plus 610,5 Pro. gezahlt. Davon gilt das letzte Wochengehalt plus 349 Pro. (Anber) als endgültige Oktoberabrechnung. Der Restbetrag gilt als Akontozahlung für November. Demnächst weitere Verhandlungen. Im Kolonialwaren-Kleinhandel sind für Oktober endgültig 380 Septembergehälter vereinbart, worauf die bisherigen Akontozahlungen angerechnet werden.

Achtung, Genossen der USPD!

Die Kommunisten suchen Euch in den Betrieben gegen Euro Fahrer mobil zu machen. Zu diesem Zweck werden Listen, die Ihr unterschreiben sollt, in Umlauf gesetzt des Inhalts:

„Euro Fahrer von Koste bis Dismann haben Euch verraten!“

Weist diese Zumutung energig zurück! Zusammenstehen in der Partei ist das Gebot der Stunde!

An unsere Abonnenten.

Das Währungsunheil schreitet fort! Wir müssen den wahnwitzig gewaltigen Preisprüngen, wenn auch widerwillig und zögernd, folgen und den Bezugspreis für die Woche vom 4. bis 10. November auf 42 Milliarden festsetzen. Unsere Freunde und Genossen werden die Notwendigkeit dieser Erhöhung verstehen, da die Kosten für die Herstellung der Zeitung sich in demselben Geschwindigkeit erhöhen, wie die Preise auf dem Waren- und Lebensmittelmarkt. Nach dem gestrigen Dollarkurs kostete ein Kilo Druckpapier 21,6 Milliarden und die Druckkosten betragen am gestrigen Tag rund das 38 Milliardenfache des Friedenspreises. Die Druckkosten werden sich in der nächsten Woche um das Mehrfache erhöhen.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts“.

Lohnregelung in der Holzindustrie.

Nach erneuten, langwierigen Verhandlungen zwischen den Parteien wurde am gestrigen Freitag ein Abkommen dahin erzielt, daß die Löhne der Holzindustrie um 200 Pro. erhöht werden. Der Durchschnittslohn beträgt abgerundet 10 Milliarden pro Stunde für die jetzt laufende Woche bis zum 8. November.

In der Lederindustrie beträgt der vertragliche Durchschnittslohn 11,268 Milliarden. Die bestehenden Löhne sind um 350 Pro. erhöht.

Für die Rahmen- und Goldleistenindustrie konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Die Arbeitgeber versuchten sich, 150 Pro. Erhöhung zur Auszahlung zu bringen. Ueber die endgültige Regelung entscheidet der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin.

Lohnvereinbarungen mit dem V.M.Z.

Für die Zeit vom 29. Oktober bis 4. November beträgt der Lohn in der Klasse I 15 Milliarden; alle übrigen Gruppen und Klassen erhöhen sich im gleichen Hunderttag. Am Montag resp. Dienstag wird ein Versuch von 90 Pro. des Nettolohnes ausbezahlt. Der Bruttovorschuß wird weiter gezahlt. Alles andere im Tarifvertrag; derselbe ist von 11 bis 4 Uhr im Zimmer 20, von 4 bis 7 Uhr im Zimmer 3 des V.M.Z.-Bureaus käuflich erhältlich. Die Arbeitnehmer fordern wertbeständige Bezahlung. Infolge technischer Schwierigkeiten lehnten die Arbeitgeber diese Art von Zahlung ab, da die erforderlichen wertbeständigen Zahlungsmittel zurzeit noch nicht genügend im Umlauf sind. Zu dem Rotgeld der Arbeitgeber haben die Regierungsstellen noch nicht ihre Zustimmung gegeben.

Der Schiedspruch im Bankgewerbe abgelehnt!

Der Schiedspruch, der am Donnerstag im Arbeitsministerium gefällig wurde, ist von den Bankbeamten einstimmig abgelehnt worden. Die Ablehnung wird in erster Linie damit begründet, daß die Bankangestellten bei dem gegenwärtigen Verfall der Währung unter allen Umständen Goldlöhne verlangen müssen. Der Schiedspruch selbst hat den Parteien empfohlen, über diese Forderung in unmittelbare freie Verhandlungen einzutreten. Die Bankangestelltenorganisationen haben heute den Reichsverband der Banken um die Aufnahme solcher Verhandlungen ersucht. Sollten diese Verhandlungen nicht bis spätestens Mitte nächster Woche durch eine Verständigung oder durch einen neuen Schiedspruch des Arbeitsministeriums einen die Angestellten befriedigenden Abschluß finden, so ist mit einem umfangreichen Streik im ganzen deutschen Bankgewerbe zu rechnen, für den die Angestelltenorganisationen schon alle Vorbereitungen getroffen haben.

Schlagfertige Arbeitgeber.

Es wird uns folgender Vorfall berichtet: Im Hause Lindenstr. 16/17 befindet sich die Buchbinderei von Schneider u. Ziegler. Wiederholt wurde darüber geklagt, daß Herr Schneider die Arbeiter und Arbeiterinnen übel behandelt. Der jüngste Fall verdient es, in die Öffentlichkeit gebracht zu werden.

Ein seit drei Jahren bei der Firma beschäftigter Kriegsbeschädigter ist von den Herren Schneider, Vater und Sohn, berartig zugerichtet worden, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Anlaß dazu war folgender: Herr Schneider zahlte dem Kriegsbeschädigten seinen Lohn in fünf- und zwanzigtausendmarktscheinen aus. Da kein Geschäft dieses wertlose Papiergeld mehr in Zahlung nimmt, verlangte der kriegsbeschädigte Buchbinder seinen Lohn in ordentlichem Papiergeld und gab die veralteten Scheine Herrn Schneider zurück. Schneider senior schlug darauf dem Arbeiter ins Gesicht. Sein Sohn eilte hinzu und schlug von hinten auf den Kriegsbeschädigten berart ein, daß dessen künstliches Auge in Splitter ging. Ein Gummimantel wurde dem Buchbinder buchstäblich vom Leibe gerissen. Das ärztliche Zeugnis lautet: „In der rechten Augenhöhle Bluterguß, künstliches Auge zerplittert, rechte Ellenbogenquetschung und 2 Zentimeter große Hautabschürfung.“

Der so maltratierte Buchbinder ist ein sehr tüchtiger und ruhiger Arbeiter. Das geht schon daraus hervor, daß er drei Jahre bei der Firma beschäftigt war, bei der sonst nur in allergrößter Not jemand in Arbeit tritt, weil die Firma genügend bekannt ist.

Das Urteil über diese Heibelant ist dem Gericht überlassen. Das moralische Urteil aber steht schon jetzt fest. Die Unverschämtheit, einem Arbeiter den schmalen Lohn in entwerteten Scheinen auszu zahlen, für die er nirgends mehr etwas bekommt, durch Schläge zu übertrumpfen, richtet sich von selbst.

Die Angestellten erhalten in der Gemischen Industrie für die Zeit vom 28. Oktober bis 4. November 260 Septembergehälter; im Baugewerbe für den Monat Oktober 860 Septembergehälter. Im Möbelhandel wird heute die Forderung der Vormoche um 610,5 Pro. erhöht. Dabei gilt das letzte Wochengehalt plus 349 Pro. (Anber) als endgültige Abrechnung. Der Restbetrag gilt als Akontozahlung für November zu betrachten. Erneute Verhandlungen über die Zahlung im November voraussichtlich in 8 bis 10 Tagen.

Der Mindestwochenlohn für Maurerpolierer, Zimmerpolierer und Betonpolierer beträgt vom 27. Oktober bis 2. November 757 Milliarden. Der Mindestwochenlohn für Schachtmeister beträgt 754,910 Milliarden.

Der Stundenlohn der Steinsetzer beträgt vom 27. Oktober bis 2. November in Groß-Berlin 14 Milliarden, für Steinbauer 14 Milliarden, Kammer 13,990 Milliarden, Hilfsarbeiter 13,290 Milliarden. Der Akontozuschlag für Steinbauer ist auf 222 898 555 524 erhöht. Vorschlagszahlungen werden wie bisher üblich geleistet.

Die Bezirksleitung.

Der Schiedspruch für Tapezierer sieht für die Gruppe einen Lohn von 14 502 Millionen vor. Der Lohn der Linoleum-Leger beträgt für die vergangene Woche 14 400 Millionen, für die Dreibriemensattler 14 Milliarden.

In der Karbonnagenbranche wurden die Spigenlöhne für die letzte Lohnwoche durch Reichstarif für Männer auf 14 Milliarden pro Stunde, für die Frauen auf 8,9 Milliarden vereinbart. (Tarife beim Buchbinderverband, Engelauer 24, II.)

Ganzhandel, Funktionärversammlung Montag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Verbandshaus, Rungstr. 30.
Metallarbeiterverband, Montag, den 5. November, abends 6 1/2 Uhr, in den Sophienkai, Sophienstr. 17-18, Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung. Die gegenwärtige Situation und unsere Organisation. Das Erscheinen jedes Mitgliedes der erweiterten Verwaltung ist Pflicht. — Ortssekretär: W. Berlin.

Sitzung, Beauftragte des Gewerkschaftsbundes! Montag, den 5. November, nachmittags 3 Uhr, in den Redaktionskai, Landbrotstr. 11, wichtige Beauftragtenversammlung. Tagesordnung in der Beauftragtenversammlung und Delegiertenliste am Saaleingang vorzeigen! Ohne dem kein Zutritt.

Wirtschaft

Die Kurstreiberei der Goldanleihe.

Die wüste Spekulation in Goldanleihe, die an den letzten Börsen zu verzeichnen war, droht dazu zu führen, daß dieses Zahlungsmittel anstatt der Erleichterung der Entlohnung und des Warenverkehrs zu dienen, in gewinnstüchtiger Weise zurückgehalten wird. Wir haben bereits gestern darauf hingewiesen, daß hier eingeschritten werden muß. Die Schwerindustrie „Telegraphen-Union“ verbreitet nun dazu folgende Meldung:

In führenden Wirtschaftskreisen der Reichshauptstadt macht sich starker Unwille gegen die Kurstreiberei und Spekulationen am Markt der Goldanleihe geltend. In den Sitzungen verschiedener Verbände, die zufällig in diesen Tagen in Berlin stattfanden, wurde diese Angelegenheit als aktuellstes Problem der Wirtschaft und Währungspolitik eingehend besprochen. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ berichtet, sind in den nächsten Tagen energische Vorkstellungen bei der Regierung seitens einer ganzen Reihe Industrieller und Arbeitgeberorganisationen zu erwarten. Man verweist in diesen Kreisen besonders darauf, daß die ganze Goldanleihe, die bekanntlich auf 500 Millionen Goldmark begrenzt war, bereits der Spekulation in den Händen geworfen worden ist, daß aber die gewerblichen Betriebe nicht in der Lage sind, sich die für Gehalts- und Lohnzahlungen so dringend benötigten Stücke zu beschaffen. Das Verhalten der Großbanken und die unbegreifliche Sorglosigkeit der Reichsbank in dieser Angelegenheit dürfte der Gegenstand einer besonders scharfen Kritik werden. Man rechnet damit, daß die Proteste der Wirtschaft auch in den Kreisen der Arbeitnehmer einen starken Widerhall finden werden. Die ja tatsächlich durch die Goldanleihepekulationen und die ihnen zugefügten wertbeständigen Zahlungsmittel geprellt worden sind. Sollten in den nächsten Tagen infolge dieser Kurstreiberei erneute Störungen im Kleinhandel und in der Versorgung der Bevölkerung mit Brot und anderen wichtigen Lebensmitteln einsetzen, so trägt den größten Teil der Verantwortung hierfür die Reichsbank, die es nicht verstanden hat, das einzige vorläufig vorhandene wertbeständige Zahlungsmittel dorthin zu dirigieren, wo es gebraucht wurde.

Man besteht der schwerste Vorwurf, der den verantwortlichen Organen zu machen ist, darin, daß man es veräumt hat, rechtzeitig die notwendigen Goldanleihestücke bereitzustellen. Tatsächlich ist es so gekommen, daß die auf Papiermark Angemessenen jetzt das Risiko der Markentwertung in erhöhtem Ausmaß tragen, nachdem mit Hilfe der Goldanleihe ein weiterer Teil der Bevölkerung durch die Goldanleihe davor geschützt wurde. Die Goldanleihe konnte nur dann ohne Erschütterungen in den Warenmarkt eindringen, wenn sie in ausreichendem Maße zur Verfügung stand, um große Papiermengen aus dem Markt zu nehmen. Statt dessen werden lustig Trillionen auf Trillionen neuer Papiermark gedruckt, die vorhandenen Goldanleihestücke aber genügen dem Verkehr nicht, und so hat sich die Spekulation ihrer bemächtigen können, während breite Arbeitermassen durch den neuen Kurssturz in erhöhtes Elend geraten. Es ist höchste Zeit, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

Einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung des Spekulations-taumels in Goldanleihe haben die Berliner Banken am Freitag unternommen. Die Spekulation trieb nämlich das anmutige Spiel, von den Großbanken Goldanleihestücke zu borgen, die sie dann wieder verpänderte, um mit dem so erhaltenen Geld gegen einen Zinssatz, der bei der augenblicklichen Inflation kaum ins Gewicht fällt, neu „einzusteigen“. Die Banken haben nun gegen diesen Unfug beschossen, die Entleiher für die eintretende Kursdifferenz verantwortlich zu machen.

Der Abbau der Außenhandelskontrollen ist lang- und langsam vollzogen worden. Mit Wirkung vom 1. November 1923 sind die den nachstehenden Außenhandelsstellen und Außenhandelsnebenstellen bisher zustehenden Befugnisse zur Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen zurückgezogen. Von diesem Tage an werden Bewilligungen aus dem Geschäftsbereich dieser Bewilligungsstellen ausschließlich vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung, Berlin W. 15, Liebenburger Str. 18, erteilt werden. Die in Fortfall kommenden Außenhandels- und Außenhandelsnebenstellen sind: für den Bereich der deutschen Eisen- und Stahlwaren (Eisenblech), Eisenbahnwagen, Feinmechanik und Optik, holzverarbeitende Industrie, Bleistifte, Korfindustrie, Kautschuk, Lederwirtschaft, Metallzeugnisse, Musikinstrumente, Papierfach, Buchgewerbe, Papierindustrie, Papierwaren, Schiffe, Spielwaren, Tabakgewerbe, Zigarettenindustrie. Die Befugnisse zur Erteilung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen aus dem Geschäftsbereich der Außenhandelsstelle für Steine und Erden, Charlottenburg, Knefbeckstr. 74, und der Außenhandelsnebenstellen Feinkeramik, Berlin W. 30, Luitpoldstr. 25, Glas, Berlin W. 57, Köpenick, 10, Natursteine, Hannover, Calenberger Str. 33, sind mit Wirkung vom 1. November 1923 auf die Außenhandelsnebenstelle Grobkeramik, Berlin N.W. 7, Friedrichstr. 93, übertragen worden. Von diesem Tage an werden Ein- und Ausfuhrbewilligungen für Waren aus dem Geschäftsbereich dieser Stellen von der Außenhandelsnebenstelle Grobkeramik ausgestellt.

Die Zurückweisung der Papiermark. Obwohl die Papiermark noch gelegentlich Zahlungsmittel ist, das keiner Zurückweisung darf, ohne sich der Bestrafung wegen Warenzurückhaltung auszusetzen, versucht man neuerdings wieder, die Papiermark als Zahlungsmittel ganz auszuschalten. So haben die Verbände der Damenwäsche- und Bekleidungsindustrie mit Wirkung vom 1. November ab neue Konditionen mit dem Reichsbund des Leinwandhandels vereinbart. Die Preisstellung erfolgt nur noch in Dollar oder Schweizer Franken. Die Zahlung hat innerhalb von 10 Tagen nach Rechnungsdatum mit zwei Raten zu erfolgen. Als Zahlungsmittel sind zugelassen Goldanleihe, Dollarschek, Wechselungen und Rentenmark. Die ersichende Art, wie hier Unternehmer die Zahlung in allem anderen als der Papiermark, selbst in der noch nicht bestehenden Rentenmark diktieren, reizt zu einem Vergleich mit der bürokratischen Bedenkllichkeit, die den Reichsarbeitsminister veranlaßt, die Bezahlung der Arbeit in Goldanleihe noch hinauszuschieben!

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schilowski; Sozial- und Sonstiges: Fritz Barthold; Ausgaben: E. O. Ode; ähnlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2, Seite 1 Beilage.

Das Berufsamt der Stadt Berlin.

Die Berufswahl ist eine der wichtigsten und oft auch eine der schwersten Entscheidungen, die im Leben eines Menschen zu treffen ist. Durch Arbeitsteilung ist die Zahl der vorhandenen Berufe und Berufsmöglichkeiten in einer früher ungeahnten Weise gewachsen. Gewachsen ist aber auch die Unübersichtlichkeit. Wenige nur wissen, welche Anforderungen der einzelne Beruf stellt und bitter rächt sich hier jeder Mißgriff. Viele Menschen sind durch eine falsche Berufswahl unglücklich geworden. Die Republik hat es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben erachtet, diese Schäden zu bekämpfen. Durch einen Erlass vom 18. März 1919 wurde jeder Stadt- und Landkreis verpflichtet, ein Berufsamt zu errichten, dessen Aufgabe es sein sollte, die vor der Berufswahl oder dem Berufswechsel stehenden Personen zu beraten und sie auf Grund ihrer körperlichen, sittlichen und geistigen Eignung einem Beruf zuzuführen, in dem sie selbst die größtmögliche Befriedigung und die Allgemeinheit den größten Nutzen hätten. Eine reichsgesetzliche Regelung hat die Arbeit dieser Berufsämter durch das Arbeitsnachweisgesetz vom Juli 1922 erfahren.

Die Organisation des Berufsamtes.

Das Berufsamt der Stadt Berlin, das nach dem erwähnten Erlass zunächst in dem ehemaligen Passagieraufhaus in der Oranienburger Straße 54 untergebracht war, befindet sich heute in der Landsberger Straße 43/47. Daneben sind Beratungsstellen in Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Spandau, Wilmersdorf, Lichtenberg und Reinickendorf eingerichtet worden. In den übrigen Verwaltungsbereichen sind „fliegende“ Beratungsstellen geschaffen. In ihnen wird an bestimmten Tagen durch Berater des Berufsamtes sachgemäßer Rat erteilt. Die Beratungsabteilung des Berufsamtes ist in 14 Gruppen gegliedert, und zwar 1. Gärtnerei, Forst-, Landwirtschaft und Fischerei, 2. Metallgewerbe, 3. Holz-, Baugewerbe und Steinindustrie, 4. Bekleidungs-, Reinigungsgewerbe, Textil- und Lederindustrie, 5. Graphisches Gewerbe, Papierindustrie, 6. Nahrungs-, Genussmittel-, Gastwirtschaftsgewerbe, 7. Handel, 8. Behörden, 9. Berufe mit höherer und Hochschulbildung, 10. geistig und körperlich Anormale, Fürsorgebedürftige, ferner die folgenden vier Gruppen für weibliche Personen: 11. Handel, 12. Handwerk und Gewerbe, 13. Haus- und Landwirtschaft, Kranken- und Kinderpflege, 14. Frauenberufe mit höherer und Hochschulbildung. Die Aufgabenteilung regelt die Stellenbeschaffung, den Verkehr mit den Gemeindefürsorgeämtern sowie mit den Berufsschulen. In der literarisch-statistischen Abteilung wird die Bucherei und das Archiv verwaltet sowie die Statistik des Berufsamtes auf dem laufenden gehalten. Die psychologischen Prüfungen und ärztlichen Untersuchungen werden von der psychologisch-medizinischen Abteilung erledigt, während das Verwaltungsbüro die Kassengeschäfte und die übrigen Verwaltungsarbeiten zu besorgen hat.

Die psychologische Eignungsprüfung.

Das Berufsamt arbeitet in enger Anlehnung an die Schule, die Elternschaft sowie die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. An die zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen werden rechtzeitig Fragebogen verteilt, die von den Lehrern und Lehrern ausgefüllt werden, nachdem sie in der Schule besprochen wurden. Diese Fragebogen sind in Verbindung mit dem Gutachten des Schularztes und dem Berufsamt des Kindes der Ausgangspunkt für die Beratungen des Berufsamtes. Nach anfänglichen Schwierigkeiten sind jetzt bereits 75 Proz. der Lehrerquartale für die beratende Arbeit des Amtes verwendbar. Schließlich gibt die psychologische Eignungsprüfung ein klares Bild über die berufliche Eignung des betreffenden Schülers. Diese Prüfung wird heute schon von zahlreichen Firmen, Berufsverbänden und ähnlichen Organisationen in Anspruch genommen. Jeder einzelne Prüfling muß sich der Prüfung an zwei Tagen unterziehen. In einer etwa fünfständigen Gruppenprüfung wird zunächst das allgemeine „Intelligenzniveau“ festgestellt. An einem zweiten Tage findet eine Einzelprüfung statt. Die Leistungen der Prüflinge werden nach psychologisch-statistischen Verfahren gewertet. Schließlich treten die Prüflinge zu einer Güteprüfung zusammen, in der die Ergebnisse der Prüfung mit dem Beratergutachten verglichen und die Einzelergebnisse zusammengearbeitet werden, so daß sich als Gesamtergebnis schließlich das „psychologische Profil“ des Prüflings ergibt. Die Kennzeichnung des Prüflings erstreckt sich auf sein Willensleben, seine sonstigen Eigenschaften und auf seine Art zu arbeiten. Es ist

wichtig zu erfahren, ob der zu Prüfende sich als Organisator und Führer eignet, ob er nur Helfer sein kann oder gar den Dingen unbeteiligt gegenübersteht. Die Stärke und Beharrlichkeit des Willens, die Kraft der Selbstbeherrschung und schließlich die Dauerhaftigkeit starker hervorgeratener Reigungen, alles das sind Dinge, die den Psychologen angehen und die zum Teil durch objektive Beobachtung des Lehrers, zum Teil auch durch das Verhalten des Prüflings bei der Eignungsprüfung festgestellt werden können. Dann aber gilt es die besonderen Eigenschaften des Schülers zu erfahren. Ist er praktisch oder theoretisch veranlagt. Richtet sich seine Betätigung mehr auf den Umgang mit Personen und Sachen oder mehr auf rein gedankliche Betätigung. Ist sein Interesse stark, mittelmäßig oder gering? Ferner wird seine Beobachtung und Auffassungsgabe, Gedächtnis und Denkfähigkeit, die Geschicklichkeit im Zeichnen, die Handgeschicklichkeit und schließlich im mündlichen, schriftlichen, zeichnerischen usw. Ausdruck geprüft. Endlich wird auf Grund seiner Art zu arbeiten festgestellt, ob er sich für Hand- oder Kopfarbeit und für welche besondere Art dieser beiden Gruppen er sich eignet. Es ist ein umfangreiches und eingehendes Zeugnis, das hier über einen Menschen ausgestellt wird und es bedarf sorgfältiger Abwägung, um zu einem endgültigen und einwandfreien Ergebnis zu kommen.

Die Lehrlinge, die hier geprüft sind, verteilen sich über zahlreiche Klein- und Großbetriebe. Es ist sehr schwer, die Richtigkeit des Prüfungsergebnisses dauernd nachzuprüfen. Eine Reihe von Großbetrieben hat sich für solche Kontrollen jetzt zur Verfügung gestellt. Noch liegen keine ziffernmäßigen Ergebnisse vor, jedoch bescheinigen zahlreiche Zeugnissen und auch mündliche Versicherungen der psychologischen Abteilung, daß sie erfolgreiche Arbeit geleistet hat.

Die Vermittlung der Arbeitsstellen.

Die Feststellung der Berufseignung allein genügt jedoch nicht, sehr wichtig ist es, dem Prüfling auch eine geeignete Arbeitsstelle nachzuweisen. Hier bemüht sich das Berufsamt, eine Vereinfachung der Stellenvermittlung herbeizuführen. Diese Frage hängt mit einer umfassenden Regelung des Lehrlingswesens überhaupt zusammen. Sie kann nur in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen gelöst werden. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß in Berlin selbst bei weitem nicht genug Lehr- und Arbeitsstellen für Jugendliche vorhanden sind. Das Berufsamt bemüht sich daher, Jugendliche in der Provinz unterzubringen, nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft. Die Jungen machen hier eine geordnete zweijährige Lehrzeit durch, nach deren Abschluß ein Lehrzeugnis erteilt wird. Besonders Geeigneten steht dann die theoretische Fortbildung in diesem Berufe offen, die sie zum Inspektor oder selbständigen Pächter befähigt. Es ist sehr bezeichnend, daß sich die Zahl der Bewerber um landwirtschaftliche Lehrstellen dauernd mehrt und daß die jungen Menschen im allgemeinen sich sehr gut in die ländlichen Verhältnisse einleben, daß sie sich nicht mehr nach der Großstadt zurückziehen, in der sie zur Arbeitslosigkeit verdammt und oft genug vom Untergrund bedroht sind. Neben der Vermittlung rein landwirtschaftlicher Lehrstellen, bei denen sehr sorgsam vorgegangen wird, sind auch eine ganze Anzahl von Bewerbern für andere landwirtschaftliche Berufe, wie Gärtner, Schweizer, Meier, Schäfer und Fischer, vermittelt worden. — Besonders schwierig ist es, Angehörige der freien und geistigen Berufe in andere Arbeitsstellen unterzubringen. Infolge der Unterbewertung geistiger Arbeit ist hier die Zahl der in bitterster Not Geratenen, die nach anderer und lohnenderer Arbeit suchen, ständig in Wachsen begriffen.

In den Berufsämtern hat die Republik eine segensreiche Einrichtung geschaffen, die sich erst später voll auswirken wird, wenn unser Wirtschaftsleben wieder gesundet. Schon die ersten Arbeitsjahre der Berufsämter lassen die künftigen Erfolge ahnen. Es ist wohlhaft Arbeit für die Vorbereitung einer guten Zukunft, die auch hier in schwerster Zeit geleistet wird.

Zur letzten Ruhe wurde gestern nachmittag der beim Kartoffelstoppeln auf so tragische Weise ums Leben gekommene Sohn unseres Parteigenossen Hinz aus Neukölln auf dem Mariendorfer Gemeindefriedhof unter reger Anteilnahme der Neuköllner Einwohner, besonders der Gemeindeführer, beigelegt. Die Neuköllner Parteigenossen, die Mitschüler und Lehrer des Toten sowie die Mieter des Hauses Steinmetzstr. 25-26 legten Blumen und Kränze als letzten Gruß nieder.

Der neue Preisorkan.

Brot, Kohlen, Gas, Wasser, Strom, Verkehrstarife.

Der unaufhaltsam jetzt bis zur vollendeten Katastrophe gediehene Marksturz bringt bereits heute eine ganze Reihe von außerordentlichen Preiserhöhungen, die ohne Zweifel den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch aller nach immer auf Papiermarkt gestellten Lohn- und Gehaltsempfänger bedeuten.

In einer Konferenz zwischen Vertretern der Reichspetroleumstelle, der städtischen Preisprüfungsstelle und Vertretern des Bäderhandwerkes ist gestern beschlossen worden, den Brotpreis vom heutigen Sonnabend ab auf 25 Milliarden zu erhöhen. Die Schrippe kostet vom gleichen Tage ab 1,8 Milliarden. Die Erhöhung ist nach Ansicht der in Frage kommenden Faktoren notwendig geworden, da die Aufwärtsbewegung für Getreide und Mehl sich in stürmischem Maße fortgesetzt hat. Der Saft Mehl, der noch am Freitag vormittag 2,5 Billionen Mark kostete, erforderte in den Nachmittagsstunden bereits 5 Billionen. In der Besprechung war man sich darüber klar, daß eine neue Stützungsaktion des Brotpreises notwendig sei, und die Reichspetroleumstelle hat zugesagt, daß sie für die kommende Woche wiederum ein bestimmtes Quantum aus ihren Beständen abgeben wird, um zu verhindern, daß die Brotpreise ins Ungemessene hinaufschmelzen.

Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 2. November stellen sich die Verkaufspreise für Briketts und Koks ab 3. November wie folgt: Küchen- und Ofenbrand-Briketts ab Lager 279 800, frei Keller 285 600 Milliarden, Gaskoks ab Lager 613 800, frei Keller 620 400 Milliarden, bei fuhrweiser Lieferung Briketts ab Lager 279 800, frei Keller 284 800 Milliarden, Gaskoks ab Lager 613 800, frei Keller 619 600 Milliarden.

Die Direktoren der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke teilen mit, daß für ein Kubikmeter Gas 16 Milliarden, für eine Kilowattstunde Strom 32 Milliarden und für ein Kubikmeter Wasser 16 Milliarden am 3. November zu zahlen sind.

Die Hoch- und Untergrundbahn wird von heute, Sonnabend, folgende Fahrpreise erheben: 3. Klasse 3 Milliarden und 4 Milliarden und 2. Klasse 4 Milliarden und 5 Milliarden. Blocks zu 10 Karten kosten: 3. Klasse 25 und 35 und 2. Klasse 35 und 45 Milliarden. Wochenkarten zu 12 Fahrten für die ganze Strecke kosten 3. Klasse 35 und 2. Klasse 45 Milliarden.

Die Omnibus-Fahrpreise betragen ab heute für die Teilstrecke 4, für die ganze Fahrt 5 Milliarden.

Die Straßenbahnpreise betragen: Einzelfahrt mit Umsteigerechtigung 4 Milliarden, Kinderfahrkarte 2 Milliarden, Hochbahnumsteigefahrkarte 7 Milliarden. Monatskarten für 1 Linie 200 Milliarden, 2 Linien 280 Milliarden, 3 Linien 360 Milliarden, für alle Linien 480 Milliarden, Schülermonatskarten 100 Milliarden.

Der lebende Tote.

„Sein gebrochenes Auge sieht Vergebung.“

Die Szenen aus einem Lustspiel wirkte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht Neukölln auf die Badmuskeln der Zuhörer. Eines Tages begegnete eine Witwe L auf der Straße einem Manne, den sie schon längst für tot und begraben hielt. Es war das der Kaufmann Schumann, der bei der Witwe ein sehr schlechtes Andenken zurückgelassen hatte.

Schumann hatte sich der älteren Frau genähert und sich für einen Rittmeister ausgegeben. Nach einiger Zeit hatte er ihr dann die Ehe verprochen. Später hatte er es dann verstanden, von seiner zukünftigen Gattin zwei wertvolle Ringe herauszulocken, um sie angeblich abzugeben zu lassen. Auch seine eigentliche Braut, ein Fräulein Bomeit, hatte er bei seiner „Zukunftigen“ eingeführt, sie aber für seine Schwester ausgegeben. Nachdem Schumann die Ringe erhalten hatte, war er spurlos verschwunden und hatte sich nie wieder sehen lassen. Nach mehreren Tagen erhielt Frau L von der angeblichen Schwester ein Schreiben, das ungefähr folgenden Wortlaut hatte: „Gestern haben wir meinen lieben Bruder begraben, der durch einen Schuß durch den Kopf seinem verfluchten Leben ein Ende gemacht hat. Sein gebrochenes Auge ließe „Bereubung“. Als Frau L die „Schwester“ dann aussuchte, um ihr ihr Beileid auszusprechen, fand sie das junge Mädchen tränenüberströmt auf dem Sofa sitzen und an der Wand hing das schwarzumflossene Bild des „Verstorbenen“. — Nun wollte aber das Schicksal, daß eines schönen Tages Schumann munter und vergnügt, seine Braut, die angebliche Schwester, am Arm, der Betrogenen begegnete. Die Witwe merkte erst jetzt, daß sie das Opfer eines Schwunders ge-

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofoffischer.

Roman von Johan Bojer.

Hier verlangte Arnt Asan im Beisein aller Kameraden, umkehren und mit einem Dampfer wieder nach Hause fahren zu dürfen.

Keiner antwortete ihm, nicht einmal Henrik Rabben.

Sie lagen in der Kambüse und wärmten sich mit Kaffee und etwas Essen auf, als sie Lärm und Rufen von einem anderen Boot hörten, das sich vom Meer herein durchschlug. Lars steckte den Kopf hinaus und zog ihn wieder zurück. „Wahrhaftig, das ist Andreas Erta,“ sagte er.

Da lächelte der Vater und holte die Flasche heraus, um einen Schnaps einzuschlecken. „Haha,“ glückte es in ihm, „ist der Kerl diesmal doch nicht zuerst hier gewesen.“

Aber eine gute Stunde später hörte man Rufe von einem neuen Boot, und diesmal steckte Elezeus den Kopf aus der Kambüsetür und zog ihn rasch wieder herein.

„Nein, jetzt habe ich weiß der Teufel ein Gespenst gesehen,“ sagte er.

„Was ist denn das?“

„Der Jakob! Der gestern tot war. So wahr ich hier stehe, ist er soeben mit der „Meerblume“ hereingelegt.“

„Das habe ich getruht,“ sagte Kristaver. „Der Jakob kann sich wohl totschlagen lassen, aber er nimmt es nicht so schwer.“

In Bodd wurde es schnell ruchbar, daß ein Boot im Umwetter abgefahren sei, und Andreas Erta gränzte sich, denn es war seine Gewohnheit, sich immer in aller Stille von den anderen fortzuziehen. Er beeilte sich daher, auch wegzukommen, und Jakob mußte dann auch hinterdrein. Und als die Dampfer merkten, daß die offenen Staväringerboote das Wetter zum Segeln gut genug fanden, da mußten sie sich ehrenhalber doch auch auf den Weg machen.

Nach alter Sitte lagen in Grötöya die Ramdöler und warteten auf die Staväringer, um Prügel zu bekommen. Sie selber sagten, es sei umgekehrt, aber das war eine Lüge. Jetzt lagen hier Ramdalboote in Menge, um zusammen über den Westfjord zu fahren, und die Boote waren wie die Männer selbst ein buntes Gemisch. Es waren Lustringe und Nachten und Nordlandsboote und Zehnrunderer vom Laffordtyp und die Männer waren blond oder dunkel, aber meistens waren

es kleine, dunkelhäutige Gesellen, denen die Wasserstiefel nur bis an die Knie reichten und deren blaue Segeltuchhosen hinten schwarze Flicken hatten. Sie waren wie aus billigem Kram zusammengesetzt, eine Mischung von Fischern und dem, was ein ehrlicher Lofoffischer am meisten verachtet: Matrosen.

Erst am nächsten Tage brach diesmal die übliche Schlägerei aus. Sie begann oben beim Krämer, wo Läden und Schenkstube gedrängt voll von Staväringern waren. Vielleicht wurden sie im Lauf des Tages etwas zu laut und sangen wohl auch ein bißchen zuviel, jedenfalls wollte die Ramsell ihnen nichts mehr zu trinken geben, und der dicke Krämer in den mehلبestäubten Kleidern kam selber und wollte sie vor die Tür setzen. Hätte er nicht einen Ramdöler bei sich gehabt, der sich brüstete und sie zurechtzuweisen begann, so wären die Staväringer ruhig ihres Weges gegangen, jetzt aber faßten sie den Zwerg und gedachten ihn wohl zur Tür hinauszuschmeißen, aber sie irrten sich leider und warfen ihn zum Fenster hinaus. Der Kerl lag mit Glascherben in Haar und Bart jammernd draußen in Schnee und rief Landleute zu Hilfe. Unterdes hatten die Staväringer Lust auf mehr Alkohol bekommen; darum setzten sie den Krämer zur Tür hinaus, sperrten die Ramsell in einen Schrank und hatten nun alle Hände voll zu tun, denn es mußten Flaschen ausgezogen und Fässer angestochen werden, damit alle ihre Freude daran hätten. Und gerade als die Staväringer nur an Frieden und Trinken dachten und mit ganz sanften Gesichtern dasahen, kamen die Ramdöler durch Hintertüren und Bordertüren herein und es ging recht lebhaft zu, nicht mit Trinken, sondern mit Fäusten und gelben Messingtobakdosen, mit denen man drauf loschlug. Lische, Stühle, Flaschen und Gläser flogen umher, der Lärm mischte sich mit dem Getrappel der schweren Stiefel, Schreien und Jammern ertönte und dumpf schlugen die Körper auf den Boden auf. Die Ramsell im Schrank schrie und rief, sie möchte heraus. Der Krämer stand draußen mit dem Lensmann und wollte herein, aber vorläufig war hier kein Platz. Die kleinen Ramdöler waren geschmeidig, sie rückten den großen, starken Tröndern dicht auf den Leib, stießen sie vor den Bauch, wo es am wehsten tat, oder flogen ihnen an die Kehle und bissen. Das nannten sie rauhen. Die Staväringer waren schwerfälliger, aber wenn sie trafen, fiel der Kerl zu Boden. Selbst Jakob humpelte umher und schwang die Tabakdose, aber meistens stand er in der Tür und gab jedem Ramdöler, der die Treppe hinunterpurzelte, einen Tritt in den Hintern.

Es kam, wie es kommen mußte, — die Stube wurde von Ramdölern gereinigt, und zum Schluß tranken die Staväringer

nach einen Erholungsschluck, bezahlten, was sie bekommen hatten, und schlenderten dann wieder zu den Booten hinunter. Nur Jakob blieb zurück, denn er blieb immer am Lensmann hängen.

Den ganzen Abend bis spät in die Nacht hinein lagen die Ramdöler im Hafen und schrien und medierten wie Ziegen zu den Staväringern hinüber, denn sie wußten, wenn irgend etwas sie in Wut bringen konnte, so war es, wenn man ihre großen, schönen Boote Ziegenboote nannte.

Aber im übrigen ist Grötöya ein Meckstein auf der Nordfahrt. Bisher ist man immer an der Küste entlanggefahren und hat Landsicht gehabt, morgen aber fährt man quer über das zwölf Meilen breite Meer, morgen geht es über den Westfjord.

Und in der Nacht, bevor man aufbricht, spukt es in dem Gemüt des Fischers, so daß er auf seine eigene Weise schläft. Der Westfjord ist reich an Sagen und Geschichten, einige Meilen von Land hüllt der Rebel die Boote ein, während der Sturm anschwillt, sie können nach Westen abtreiben, immer weiter nach Westen, bis zu dem berüchtigten Mostenaeström, wo sie wie in einen Wirbel hineingerissen werden und in der Tiefe verschwinden. Vieles ist Sage, aber heute nacht spuken alle diese Erzählungen in den Gemütern. Eines jedenfalls wissen alle: auf der wilden Ebene des Westfjordes hat manches Boot den Kiel nach oben gekehrt und manch ein Fischer ist auf dem Kiel geritten, ohne jemals wieder zu Menschen zu kommen.

8.

In dieser Nacht hier in Grötöya konnte Elezeus Nylla nicht schlafen. Gewiß war er ein Spasmacher, und natürlich war er dabei gewesen, als die Ramdöler verprügelt wurden, aber er gehörte zu denen, die am liebsten andere spendieren ließen und sich stets beizeiten davonmachten. Heute Abend lag er auf dem Boot und dachte an den letzten Sonntag daheim. Sie hatten zusammen zum Abendmahl gehen wollen, er und die Berit, und statt dessen hatte er sie geprügelt, und in der Kirche stand der Pfarrer und predigte und sagte, daß wir alle eines Tages vor Gottes Angesicht stehen werden. Ja, ja. Und wenn du nun morgen vor Gottes Angesicht stehst, Elezeus? Morgen mußt du auf den Westfjord hinaus.

Er war kein Feigling, er konnte es auf See mit jedem Beliebigen aufnehmen, und doch seufzte er jetzt, während er so dalag. Herrgott, ja, Herrgott, du mußt mir alles Böse vergeben, das ich getan habe. Mein Gott, mein Gott.

(Fortsetzung folgt.)

